Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/4717

23. 05. 96

Antrag

der Abgeordneten Ernst Schwanhold, Hans Berger, Lilo Blunck, Hans Martin Bury, Jelena Hoffmann (Chemnitz), Jann-Peter Janssen, Volker Jung (Düsseldorf), Sabine Kaspereit, Herbert Meißner, Siegmar Mosdorf, Christian Müller (Zittau), Rolf Hempelmann, Hermann Rappe (Hildesheim), Rolf Schwanitz, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Wieland Sorge, Dr. Dietrich Sperling, Dr. Peter Struck, Wolfgang Weiermann, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Neuen Jahreswirtschaftsbericht 1996 vorlegen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der bisherige Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung ist ein Dokument der Prognoseunfähigkeit der Bundesregierung. Der von ihr im Februar dem Deutschen Bundestag vorgelegte Jahreswirtschaftsbericht für 1996 ist – wie auch das Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute und das Sondergutachten des Sachverständigenrates bestätigen – vollständig Makulatur. Selbst die Bundesregierung hält inzwischen die vor zwei Monaten noch gemachten Wachstumsversprechungen von 1,5 Prozent für unrealistisch. Der Rückschlag in der Wirtschaftsentwicklung Deutschlands läßt in diesem Jahr allenfalls einen ganz geringen und für die Beschäftigungslage völlig unzureichenden Zuwachs von wenig über 0 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erwarten. Mit ihrer scheibchenweisen Rücknahme unrealistischer Wachstumsprognosen schafft die Bundesregierung Verunsicherung anstatt auf der Grundlage realistischer Wirtschaftsdaten Vertrauen für Unternehmen, Tarifpartner, Arbeitnehmer und Öffentlichkeit zu schaffen.

Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,

1. schnellstmöglich einen neuen Jahreswirtschaftsbericht vorzulegen. Dieser neue Jahreswirtschaftsbericht muß die realistische Einschätzung von Lage und Entwicklung in Deutschland, die neuen haushaltspolitischen Rahmendaten und die Konsolidierungsstrategie der Bundesregierung enthalten;

2. mit dem neuen Jahreswirtschaftsbericht die Politik zur Wiedergewinnung des wirtschaftlichen Wachstums in Deutschland darzustellen, in die weitere Leitzinssenkungen der Bundesbank, eine europäische Zinssenkungsaktion und eine am Weißbuch der Kommission orientierte europäische Investitions- und Beschäftigungspolitik einzubinden sind. Dieser neue Jahres-

wirtschaftsbericht ist zur Grundlage eines Bündnisses für Beschäftigung zu machen;

3. auf der Grundlage dieses neuen Jahreswirtschaftsberichtes in der Europäischen Union eine europäische Wachstums- und Beschäftigungsinitiative anzustrengen, die das Weißbuch der Kommission für transeuropäische Netze beschleunigt umsetzt;

4. im Rahmen der G7-Staaten für eine internationale Initiative für Wachstum, Zinssenkungen und Währungsstabilität einzutreten;

5. neue Gespräche über ein Bündnis für Beschäftigung mit Gewerkschaften und Tarifpartnern aufzunehmen und die einseitigen Kürzungsbeschlüsse bei sozialen Leistungen zurückzunehmen.

Bonn, den 23. Mai 1996

Ernst Schwanhold
Hans Berger
Lilo Blunck
Hans Martin Bury
Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Jann-Peter Janssen
Volker Jung (Düsseldorf)
Sabine Kaspereit
Herbert Meißner
Siegmar Mosdorf
Christian Müller (Zittau)
Rolf Hempelmann
Hermann Rappe (Hildesheim)
Rolf Schwanitz
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Wieland Sorge
Dr. Dietrich Sperling
Dr. Peter Struck
Wolfgang Weiermann
Rudolf Scharping und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333